S 2 RJ 604/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	16
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 RJ 604/02
Datum	14.07.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 16 RJ 463/03
Datum	23.06.2004

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Augsburg vom 14. Juli 2003 wird zurÃ¼ckgewiesen.
- II. AuÃ¼rgerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist ein Anspruch der KlÃ¼gerin auf GewÃ¼hrung einer Witwenrente.

Die 1928 geborene KlÃ¼gerin ist nach eigenen Angaben Witwe des 1930 geborenen und am 23. November 1974 verstorbenen H. H. Sie teilte der Beklagten am 11. September 2000 mit, der Verstorbene habe in Deutschland bei einer Firma G. gearbeitet und in Bad H. gewohnt. Sie beantragte, ihr eine Witwenrente zu gewÃ¼hren. Unterlagen oder Erkenntnisse Ã¼ber die BeschÃ¼ftigung des Verstorbenen besitze sie nicht (Schreiben vom 21. Oktober 2000 und 5. Januar 2002).

Die Beklagte vergab zur Bearbeitung des Rentenanspruchs die Versicherungsnummer 21-000030-H-087 und holte EinkÃ¼nfte der Landesversicherungsanstalt (LVA)

Hessen und der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Hessen ein. Die LVA Hessen teilte mit, dort liege keine Versicherungskarte über den Verstorbenen vor, die AOK Hessen an Geschäftsstelle Wiesbaden -, in den dort vollständig vorhandenen Unterlagen sei keine Mitgliedschaft des Verstorbenen festzustellen.

Daraufhin lehnte die Beklagte den Rentenantrag vom 11. September 2000 ab (Bescheid vom 12. März 2001). Es seien keine Versicherungszeiten des Verstorbenen in Deutschland nachgewiesen oder glaubhaft gemacht.

Dagegen erhob die Klägerin Widerspruch. Anhand der von der Beklagten mitgeteilten Versicherungsnummer müsse es möglich sein, Hinweise auf die Beschäftigung des Verstorbenen in Deutschland zu finden.

Nachdem auch bei der LVA Saarland und der AOK Hessen an Interne Dienste keine Unterlagen über den Kläger ermittelt werden konnten, wies die Beklagte den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 5. Mai 2003 zurück.

Dieser Widerspruchsbescheid wurde einbezogen in ein seit 22. Oktober 2002 beim Sozialgericht Augsburg (SG) anhängiges Klageverfahren gegen einen Widerspruchsbescheid vom 18. September 2002, mit dem die Beklagte einen Widerspruch der Klägerin gegen ein Schreiben vom 17. Mai 2002 als unzulässig zurückgewiesen hatte.

Das SG hat die Klage, mit der die Klägerin weiterhin einen Anspruch auf Witwenrente verfolgt, abgewiesen (Gerichtsbescheid vom 14. Juli 2003). Die Beklagte habe den Widerspruchsbescheid vom 18. September 2002 mit dem eine Sachentscheidung treffenden Widerspruchsbescheid vom 5. Mai 2003 konkludent zurückgenommen und die Gewährung einer Witwenrente zu Recht abgelehnt. Es sei weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht, dass der Verstorbene Pflichtbeiträge zur deutschen Rentenversicherung entrichtet habe ([§ 197, 203](#) des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch an SGB VI -). Daher sei die Wartezeit ([§ 50 Abs. 1, 51 Abs. 1, 55 SGB VI](#)) für eine Witwenrente ([§ 46 SGB VI](#)) nicht erfüllt.

Gegen den am 24. Juli 2003 zur Post gegebenen Gerichtsbescheid hat die Klägerin am 28. September 2003 an den Eingang bei Gericht beim Bayer. Landessozialgericht (LSG) Berufung eingelegt. Sie begehrt weiterhin die Gewährung einer Witwenrente.

Die Klägerin beantragt sinngemäß, den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Augsburg vom 14. Juli 2003 und den Bescheid der Beklagten vom 12. März 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Mai 2003 sowie den Widerspruchsbescheid vom 18. September 2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr Witwenrente nach dem verstorbenen H. H. zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Der Senat hat die Akten der Beklagten und des SG beigezogen und die Klägerin darauf hingewiesen, dass keine Unterlagen über eine Beschäftigung des

Verstorbenen in Deutschland vorliegen und der angegebene Arbeitgeber nicht bekannt ist, sowie gebeten, die Schreibweise des Arbeitgeberrnamens zu prÃ¼fen. Die KlÃ¤gerin hat sich hierzu nicht geÃ¤uÃ¼ert. Zur ErgÃ¤nzung des Tatbestandes wird auf die beigezogenen Akten und die Berufungsakte Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die form- und fristgerecht erhobene Berufung ist zulÃ¤ssig ([Ã§ 105 Abs.2 Satz 1, 143, 144, 151 Sozialgerichtsgesetz](#) â SGG -), aber nicht begrÃ¼ndet.

Gegenstand des Verfahrens ist aufgrund gewillkÃ¼rter KlageÃ¤nderung zunÃ¤chst der Bescheid der Beklagten vom 12. MÃ¤rz 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Mai 2003, mit dem es die Beklagte abgelehnt hat, der KlÃ¤gerin eine Witwenrente nach dem Verstorbenen zu gewÃ¤hren. Das Sozialgericht hat die dagegen erhobene Klage zu Recht abgewiesen. Die KlÃ¤gerin hat keinen Anspruch auf GewÃ¤hrung einer Witwenrente.

Zur BegrÃ¼ndung wird auf die zutreffenden GrÃ¼nde des angefochtenen Gerichtsbescheides Bezug genommen ([Ã§ 153 Abs.2 SGG](#)). Die Anfragen der Beklagten an die fÃ¼r den angegebenen Wohn- und mÃ¶glichen BeschÃ¤ftigungsort des Verstorbenen zustÃ¤ndigen Landesversicherungsanstalten und die Allgemeine Ortskrankenkasse sind erfolglos geblieben. Eine Firma G. ist weder beim Amtsgericht Bad H. â Registergericht â noch beim Gewerbeamt der Stadt Bad H. bekannt und auch Ã¼ber die Auskunft der Telekom bundesweit nicht zu ermitteln. FÃ¼r weitere Ermittlungen bieten die wenigen Angaben der KlÃ¤gerin, Ã¼ber deren Ehe mit dem Verstorbenen bisher keine Unterlagen vorliegen, keine Anhaltspunkte.

Im Ergebnis hat das SG auch die Klage gegen den Widerspruchsbescheid der Beklagten vom 18. September 2002 zu Recht abgewiesen.

Entgegen der Ansicht des SG wurde dieser Widerspruchsbescheid nicht i.S.d. [Ã§ 39 Abs.2](#) des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) durch den Widerspruchsbescheid vom 5. MÃ¤rz 2003 (konkludent) aufgehoben mit der Folge, dass (nur) letzterer gemÃ¤Ã§ [Ã§ 96 Abs.1 SGG](#) Gegenstand des Verfahrens geworden wÃ¤re. Der Widerspruchsbescheid vom 5. MÃ¤rz 2003 war weder dazu bestimmt noch geeignet, die Widerspruchsentscheidung vom 18. September 2002 aufzuheben. Er betraf den Widerspruch der KlÃ¤gerin gegen den rentenablehnenden Bescheid vom 12. MÃ¤rz 2001, der Widerspruchsbescheid vom 18. September 2002 dagegen den spÃ¤ter erhobenen Widerspruch gegen ein als Sachstandsmitteilung bezeichnetes Schreiben der Beklagten vom 17. Mai 2002, mit dem die KlÃ¤gerin auf Grund ihrer wiederholten Anfragen lediglich auf den Ablehnungsbescheid vom 12. MÃ¤rz 2001 hingewiesen worden war.

Dieser spÃ¤tere Widerspruch war aber unzulÃ¤ssig, da das Schreiben vom 17. Mai 2002 keinen Verwaltungsakt im Sinne des [Ã§ 31 SGB X](#) enthÃ¤lt, wie das SG zutreffend ausgefÃ¼hrt hat. Insbesondere ist nicht ersichtlich, dass die Beklagte die Anfragen der KlÃ¤gerin â was nahe gelegen hÃ¤tte â als Antrag nach [Ã§ 44](#)

[SGB X](#) angesehen und mit dem Schreiben vom 17. Mai 2002 i.S.e. Verwaltungsaktes eine Rcknahme des Bescheides vom 12. Mrz 2001 abgelehnt hat. Auch der Widerspruchsbescheid vom 18. September 2002 enthlt weder einen solchen Verwaltungsakt noch eine andere Regelung ber den von der Klgerin geltend gemachten Rentenanspruch, der durch den Widerspruchsbescheid vom 5. Mrz 2003 aufgehoben (oder abgendert) worden sein knnte.

Die Kostenentscheidung beruht auf [193 SGG](#).

Grnde, die Revision zuzulassen ([160 Abs.2 Nr.1](#) und [2 SGG](#)), liegen nicht vor.

Erstellt am: 20.09.2004

Zuletzt verndert am: 22.12.2024